

20. Juli 2013

Wem gehört der öffentliche Raum?

In dem Symposium "Stadt-Raum Lörrach" vom Werkbund haben drei Referenten ihre unterschiedlichen Ansätze vorgestellt.



Martin Josephy, Tilla Künzli, Gerhard Zickenheiner und Jürgen Rausch (von links) diskutierten über öffentliche Räume in der Stadt. Foto: Thomas Loisl Mink

LÖRRACH. Wem gehört der öffentliche Raum und wer nutzt ihn? Der Definition nach gehört er allen, und doch ist er manchmal nicht allen zugänglich. Funktionale Planung und soziale Aspekte stehen bisweilen in Konkurrenz. Mit derlei Fragen beschäftigte sich am Mittwochabend ein Symposium, zu dem der Werkbund unter dem Titel "Stadt-Raum Lörrach" eingeladen hatte.

Die drei Referenten, die der Werkbund und der Architekt Gerhard Zickenheiner eingeladen hatten, präsentierten sehr unterschiedliche Ansätze des Umgangs mit dem öffentlichen Raum. Tilla Künzli stellte das Projekt Urban Agriculture Basel vor und plädierte für eine "essbare Stadt". Auf öffentlichen Flächen werden Lebensmittel angebaut. Das ist nichts Neues, das gab es schon während des Zweiten Weltkriegs, etwa im Schützenmattpark oder im Steinengraben. Zu Urban Agriculture Basel gehören inzwischen 25 eigenständige und dezentrale urbane Gartenprojekte.

Bar kultiviert auf dem Dach ihre Minze für die Mojitos

Da gibt es den öffentlichen Kräutergarten Horburg, den Gemeinschaftsgarten Landhof, einen Innenhof von 1000 Quadratmetern, wo, in Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei, der Anbau von Lebensmitteln durch die Anwohner ermöglicht wurde. Aber auch ganz illustere Projekte gehören dazu: 230 ausrangierte Einkaufswagen wurden bepflanzt und auf öffentlichen Flächen abgestellt. Eine Bar kultiviert auf ihrem Dach die Minze, die sie für ihre Mojitos braucht. Die Projekte bringen vielfältige Vorteile für die Stadt, wie Tilla Künzli betonte: Sie klimatisieren die Stadt und mindern die Zersiedlung, sie fördern kulturelle Integration, körperliche Aktivität und Aufklärung über ökologische Zusammenhänge, und die Mitverantwortung mindert Vandalismus. "Wir wollen so viele Menschen wie möglich, auch ganz unterschiedliche, damit ansprechen", sagte sie und sieht das Projekt als einen Teil der Stadtinfrastruktur.

Ein völlig anderes Projekt stellte Architekt Martin Josephy vor. Das Areal des Basler Rheinhafens Klybeck wird in absehbarer Zeit nicht mehr gebraucht werden und bietet sich für neue Nutzungen an. Weil es von der Hafengesellschaft an den Stadtkanton zurückfällt, kann dieser die Entwicklung lenken. Josephy stellte ein Konzept vor, das unter Verlängerung des Hafenbeckens nach Süden das Areal zu einer Insel macht, das mit Hochhäusern, aber auch mit kleineren Gebäuden bebaut werden könnte. Kleineräumige Parzellen sollen vielfältige Nutzungen ermöglichen, durch die allseitige Uferlage ist Freiraum-Qualität vorhanden. "Die Empörung und die Begeisterung über diesen Entwurf war gleichermaßen groß", berichtete Josephy. Er möchte, dass es ein durchmischtes Quartier wird, dass die Vergabe an Investoren und die Vergabe der Erdgeschossflächen wohlüberlegt werden und man nicht einfach denjenigen nimmt, der das höchste Angebot macht. Die Umgestaltung des Areals ist ein Prozess, dessen Dauer er mit 30 Jahren bezifferte. An Zwischennutzer wurden bereits Flächen vergeben, wobei es 60, größtenteils sehr qualitätvolle Bewerbungen für acht zur Verfügung stehende Flächen gab.

Jürgen Rausch, Bildung- und Sozialmanager und Geschäftsführer des SAK, präsentierte eine völlig andere Herangehensweise. Nicht Funktionalität, sondern die Partizipation des Individuums und die Bedürfnisse des Gemeinwesen sollen bei öffentlichen Räumen in der Vordergrund gestellt werden. Der öffentlich Raum soll unterschiedliche Optionen und gleiche Lebenschancen für alle bieten. Die Aneignung von Räumen bezeichnete er als wichtig in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Der Mensch definiert sich selbst auch über Räume. "Er muss sich einleben und den Raum mitgestalten können", sagte Rausch und fuhr fort: "Dazu braucht es ein partizipatorisches Element, nämlich die Kommunikation zueinander, nicht über- oder gegeneinander." Raum dürfe nicht nur als Kapital angesehen werden, das refinanziert werden muss, vielmehr muss ordnungspolitisch drauf geachtet werden, dass eine sozialorientierte Ausgewogenheit möglich ist. Öffentliche Räume dürfen auch nicht von einzelnen Gruppen in Beschlag genommen werden, sie sollen Begegnungsräume sein und ein soziales Miteinander ermöglichen. "Letztlich geht es um Gerechtigkeit für alle", stellte Jürgen Rausch fest.

Autor: Thomas Loisl Mink
